

# Glasdach über kleiner City ist Ratspolitikern zu teuer

## Fraktionen einig: Neues Konzept für Innenstadtbelebung mit Bürgerbeteiligung

Von Michael Mix

**ACHIM** - Ein Glasdach über der Fußgängerzone wird es „bis auf weiteres“ nicht geben. Die vom inzwischen ausgestiegenen Investor Andreas Hundsdörfer vorgeschlagene Überdachung für fünf Millionen Euro ist nach Meinung der Stadtratsfraktionen zu teuer. Statt der „City-Arkaden Achim“ favorisieren sie andere Maßnahmen, um die Innenstadt für Besucher anziehender zu machen. Die Bürger sollen an dem Entwicklungskonzept kräftig mitwirken.

Darauf verständigte sich am Dienstag der Ratsausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr. SPD, CDU, Grüne und WGA erarbeiteten in der Sitzung im Ratssaal gemeinsam die „Fortschreibung des Handlungsrahmens für die Achimer Innenstadt“.

Fachbereichsleiter Martin Balkausky hatte zuvor aufgelistet, was mit Hilfe des 1,875 Millionen Euro umfassenden Fördertopfs des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) nach dem Bau des Verkehrskreisels bei Gieschen sowie der Sanierung und Erweiterung der Parkpalette am Kasch noch alles in Angriff

genommen werden könnte. Er stützte sich dabei auf die von Hundsdörfer erstellte Projektstudie „City-Arkaden Achim“, die Geschäftsinhaber, Grundeigentümer und weitere Interessierte auf einer Informationsveranstaltung der Stadt Ende April gelobt, kritisiert und ergänzt hatten.

Attraktive Verkaufsflächen in Erdgeschoss, etwa des Amtsgerichts und der Sparkasse, und auch mehr Parkplätze in der City sollten geschaffen werden. Weitere Läden könnten auf dem Scherf-Gelände am Kreisel, durch eine erweiterte Marktpassage und die Bebauung des Baumplatzes entstehen. „Das Flächenpotenzial zwischen Rathaus und Amtsgericht ist unter Mitwirkung der Öffentlichkeit zu entwickeln“, formulierte Balkausky. Ein Ziel sei überdies die „Verbesserung der Eingangssituation der Herbergstraße“.

Durch die Hundsdörfer-Ideen sei zweifellos neuer Schwung in die Diskussion um die Belebung der Fußgängerzone gekommen, eröffnete Hans-Jürgen Wächter (SPD) die folgende ausführliche Aussprache. Allerdings könne sich die Stadt nach Meinung der Sozialde-

mokraten ein kostspieliges Glasdach nicht leisten. Dieser Baustein des Konzepts sollte deshalb nicht weiter verfolgt werden. Darüber hinaus stellte die SPD den später von allen befürworteten Antrag, dass die Verwaltung rasch Gespräche mit dem niedersächsischen Justizministerium über den Raumbedarf des Amtsgerichts aufnimmt, „über die geplante Umgestaltung des ehemaligen Gefängnistraktes hinaus“.

**Neu!!! Erdbeerverkauf bei Bäcker Klänig in Achim-Baden. Wolters Erdbeeren**

Das Gebäude der Bibliothek sollte nach deren Umzug ins Rathaus am besten gastronomisch genutzt werden, aber auch Einzelhandel sei dort denkbar, sagte Wächter weiter. Die Hausansicht gelte es zu erhalten. Die Vorhaben könnten jedoch nur mit „externem Projektmanagement“ gelingen, und auch die Bürger müssten beteiligt werden.

Die Vorschläge der Grünen bezeichnete Axel Eggers als „weitgehend deckungsgleich“ mit denen der SPD. Aber er wollte die Bürgerbeteiligung „stärker

gewichten“, was am Ende auch in der sogenannten Beschlussempfehlung berücksichtigt wurde. Auch müssten die Geschäftsbetreiber und Grundstückseigentümer hinter dem EFRE-Konzept stehen.

Das unterstrich ebenso Christdemokrat Karl-Heinz Lichter. „Die CDU-Fraktion“, stellte er ansonsten kurz und knapp fest, „stimmt allen Änderungsvorschlägen der SPD zu“. Damit meinte Lichter insbesondere das Streichen des Glasdachs beziehungsweise der Arkaden.

Auch die WGA folgte der SPD-Linie. „Allerdings wollen wir im Bibliotheksgebäude auf keinen Fall Einzelhandel“, betonte Wolfgang Heckel.

Petra Geisler (SPD) hob erfreut hervor, dass es in Sachen Innenstadtentwicklung kein parteitaktisches Geplänkel gebe. „Ein klares Bekenntnis der Grünen zur Fassade der Bibliothek fehlt jedoch“, bemängelte sie.

Bei dem „riesigen Sanierungsbedarf“ an dem Gebäude wäre eine Vorgabe schlecht, antwortete Peter Bartram. Auch ein Glasdach sollte nicht ganz ausgeschlossen werden, fügte das externe grüne Ausschussmitglied an.